

Erwerbslosen-Ausgabe!

Donnerstag, 28. Februar 1920
11. Jahrg. Nummer 50

Arbeiter-Zeitung

Preis 10 Pf.

Preis: In der Ausgabe: Einzelnummer 10 Pf., Einzelband 3,00 Mk. Willkommener oder deren Anzeigen 6 Pf. Willkommener oder deren Raum im Text 70 Pf. — Inhalt: Der Infanterie-Anmarsch in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen, am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der A.P.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 580 39. Postkonto: Breslau 644. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 230 02. Geschäftsstelle: Breslau, von 12-18 Uhr, Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gletsch, Oberstraße 28, Telefon 4083; Grotzsch, Sunitz 6, Telefon 2384, Westfälische von 8-10 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Edel, Brühlstraße 10, m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“-Verlag, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

CPD-Führer gegen CPD-Arbeiter!

Ausschlüsse und Funktionsenthebungen im Breslauer Baugewerksbund Verteidigt die Gewerkschaftseinheit, fällt den Spaltern in den Arm!

Breslau, 28. Februar.

Wie uns kurz vor Schluß der Redaktion mitgeteilt wird, hat der Hauptvorstand des Baugewerksbundes „zur Herstellung geordneter Verhältnisse in der Breslauer Baugewerkschaft“ einen Beschluß gefaßt, wonach mehrere Kollegen aus dem Verband ausgeschlossen und mehrere ihrer Funktion entzogen werden. Weiteren Kollegen wird der Besammlungsbefugnis für die Dauer eines Jahres verweigert. Durch diesen Beschluß werden die Führer der Opposition gegen den sozialdemokratischen Vorstand der Breslauer Baugewerkschaft betroffen. Die Mehrzahl der gemäßigten Kollegen sind Sozialdemokraten.

Mit dieser diktatorischen Maßnahme glaubt der sozialdemokratische Hauptvorstand des Baugewerksbundes, die Breslauer Meise, Ruhn- und Co. zu retten. Wie wir berichtet haben, ist die Erregung unter den Breslauer Bauarbeitern gegen die reformistischen Führer so groß, daß es in der letzten überfüllten Mitgliederversammlung der Bauhilfsarbeiter zu äußerst erregten Szenen kam, worauf Meise und Ruhn mit ihren Getreuen, ohne über die eingelaufenen Anträge abstimmen zu lassen, fluchtartig die Versammlung verließen. Die Erregung unter der Mitgliedschaft ist durch die bekannte Unterschlagungsaffäre, die vollkommene Unfähigkeit der Leitung und besonders durch das diktatorische Ortsstatut hervorgerufen, durch das das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft fast vollkommen beseitigt wird.

Nun glaubt der Hauptvorstand, durch Maßregelungen der Oppositionsführer seinen Willen durchsetzen zu können. Die Breslauer Bauarbeiter müssen als Antwort darauf eindeutig zum Ausdruck bringen, daß sie sich der Diktatur nicht fügen, daß sie den Beschluß des Hauptvorstandes nicht anerkennen. Sie müssen die Ausgeschlossenen nach wie vor als Mitglieder betrachten und die von ihrer Funktion entzogenen Kollegen beauftragen, ihre Funktion nicht niederzulegen. Sie müssen ferner durchsetzen, daß die Kollegen, gegen die der Hauptvorstand das Sprechverbot erlassen hat, ungehindert die Versammlungen besuchen und dort sprechen können.

Wie überall im Reich, so wollen auch in Breslau die Reformisten die Einheit der Organisation zerschlagen, die Arbeiteropposition niedernützlich, um ihre wirtschaftsfeindliche Politik im Interesse der Unternehmer zum Schaden der Arbeiterschaft fortzusetzen.

Kollegen, fällt den Spaltern in den Arm. Laßt euch nicht durch Terrormaßnahmen einer unfähigen wie gewissenlosen Gewerkschaftsbürokratie einschüchtern. Organisiert den Kampf! Rettet die Einheit der Gewerkschaften!

Nieder mit den verbrecherischen Spaltern!

Ausschlussdrohung aus dem Verband wegen Teilnahme an Erwerbslosentferenzen

Die Not der vier Millionen Erwerbslosen zwingt sie, in Versammlungen und Demonstrationen zu betunden, daß sie nicht gewillt sind, noch länger schweigend ihr Elend zu ertragen. In allen Provinzen und Bezirken wächst seit Monaten eine machtvolle Bewegung, die sich in ihren Ausschüssen die organisatorische Führung gibt. In einer ganzen Reihe von Bezirken haben bereits Konferenzen stattgefunden, die zu dem Kampf der Erwerbslosen um Arbeit und Brot Stellung genommen haben.

An allen diesen Veranstaltungen nehmen die Mitglieder der Freien Gewerkschaften und auch sozialdemokratische Arbeiter teil.

Die Gewerkschaftsbürokraten erblicken in dieser Massenbewegung eine Gefahr, da sie genau wissen, daß sie durch ihre schändliche Zustimmung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, zur Sonderfürsorge für die Saisonarbeiter, und durch ihr schmähliches Verhalten bei der Behandlung der Anträge auf Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung, mitschuldig daran sind, daß Millionen von Erwerbslosen entweder keine Unterstützung oder nur ein paar Bettelpennige erhalten.

Mit allen Mitteln versuchen sie, die Erwerbslosen gegeneinander zu hetzen, um so die Bewegung zu spalten.

Wir haben wiederholt berichtet, daß man in Stettin, Düsseldorf, Sonneberg (Thüringen), Neubrandenburg, Mecklenburg-Schwerin, Hesse usw. sozialdemokratische Erwerbslose aus der Partei und aus den Gewerkschaften ausgeschlossen hat, weil sie aktiv an der Bewegung teilnahmen.

Auch am kommenden Sonntag finden, ebenso wie in Breslau, in

einer Reihe von Bezirken Erwerbslosentferenzen statt, darunter auch in Pommern. Da sich zu der Konferenz in Pommern sozialdemokratische Arbeiter als Delegierte angemeldet haben, greifen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu verbrecherischen Mitteln. Zuerst versuchten sie, die CPD-Arbeiter dazu zu bewegen, im Bezirk Pommern die Erwerbslosenaussschüsse zu zerschlagen. Als ihnen das nicht gelang, erließ z. B. der Deutsche Baugewerksbund, Bezirksverband Stettin, einen Ulas an die Vorstände und Obleute der Bezirksstellen seines Bezirks, in welchem darauf hingewiesen wird, daß alle Kollegen, die als Delegierte an der Erwerbslosentfernung Stettin teilnehmen, sich außerhalb der Organisation stellen. Weiter wird aufgefordert, jede Zahlung auf Sammellisten für diese Veranstaltung abzulehnen.

Dieses freche und brutale Vorgehen der Gewerkschaftsbözen kann nur pariert werden, indem die erwerbslosen Mitglieder der Freien Gewerkschaften sich noch viel aktiver wie bisher an der Erwerbslosenbewegung beteiligen.

Die Spaltungsdrohungen, die ja auch bei anderen Gelegenheiten in allen Verbänden gegenüber der oppositionellen Arbeiterschaft angewandt werden, müssen einmütig von Erwerbslosen und Betriebsmännern zurückgewiesen werden. Gegenüber den brutalen Maßnahmen der Bürokraten muß die geschlossene Front der Erwerbslosen und Betriebsmännern hergestellt werden.

Erwerbslose, Betriebsmännern! Nehmt den Kampf auf, weicht nicht aus! Die Bezirkserwerbslosentfernungen am Sonntag müssen ein gewaltiger Ausfall sein zum Reichserwerbslosentag am 6. März.

Treff alle Vorbereitungen, daß am 6. März die gesamte Arbeiterklasse demonstriert für die Forderungen der Erwerbslosen auf Arbeit und Brot! Sorgt für starke Besichtigung der Bezirkskonferenz der schlesischen Erwerbslosen, die am Sonnabend, dem 2. und Sonntag, den 3. März, in Breslau stattfindet.

Schließt die Einheitsfront!
Nieder mit den Verrätern an der Arbeiterklasse!
Nieder mit der Hungerregierung!

Arbeitszeitabkommen im Bergbau O.S. getündigt

El-Gleiwitz, 27. Februar. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerverbände im westschlesischen Bergbau hat in einem Schreiben, das dem Arbeitgeberverband heute zugegangen ist, das Mehrarbeitsabkommen (Schiedspruch über Mehrarbeit vom 19. März 1928) zum 31. März d. J. gekündigt.

Jedenwelche Forderungen haben die Gewerkschaftsführer nicht gestellt. Schon daraus geht klar hervor, daß die Kündigung keinesfalls mit der Absicht geschehen ist, die Siebenstundenschicht unter Tage und den Achtstundentag über Tage zu erkämpfen.

Bergarbeiter, nun liegt es an euch! Euer Ziel muß sein: Ab 1. April nach sieben bzw. acht Stunden heraus aus dem Betrieb!

Organisiert den Kampf! Wählt sofort auf allen Schachtanlagen Kampfleitungen, die die Belegschaften in den Kampf für die Siebenstundenschicht unter Tage und den Achtstundentag über Tage führen. Führt diese Kampfleitungen im Reviermaßstab zusammen! Nur wenn ihr selbst die Organisierung des Kampfes in die Hand nehmt, wird die Arbeitszeitverkürzung durchgeführt werden können.

Am 6. März — — — Heraus!



Massenmeeting der Arbeitslosen in London

anlässlich der Ankunft der arbeitslosen Bergarbeiter-Delegationen, die von Schottland quer durch England zum Protest nach London marschiert sind.

So müßt auch ihr am Reichserwerbslosentag aufmarschieren!

Wer verbrüderd sich mit wem?

SPD- und USOB-Führer machen mit Kapitalisten und Wassen „parlamentarischer Bierabend“

Zitg Nr. 1

Arm in Arm mit dir, for'd're ich mein Jahrhundert in die Schranken...

Die „Rote Fahne“ schreibt in ihrer Sonntagsausgabe: Die preußische Staatsregierung, gegen „Domwergesfahr“ anders als der SPD-Parteileitung geschickt, hatte am 19. Februar in der Staatsoper am Platz der Republik zu einem parlamentarischen Abend eingeladen.

Am 106 Tischen, zu je 10 Schmeißbüchsen, war die „geistige“ Elite vertreten. Von A bis Z, Abegg bis Zörglebel, war alles, was Dummköpfigkeit schätzt, erschienen. Die Tischs für seine Leute gebürt, legt man sich nicht so mit nichts die nichts an den ersten beken Tisch, der frei ist. Eine „hohe“ Vorlesung führt unflüchtig Regie.

Vor uns liegt die eigens für diesen Zweck gedruckte Tischordnung. Die Proleten, die diese harmlosen, unter dem Titel „Bierabend“ rühmlichst bekannten parlamentarischen Saufgelage aus ihren Taschen bezahlen müssen, werden sich sicherlich dafür interessieren, mit wem ihre Arbeiterführer die „hohe Ehre“ hatten, an einem Tisch zu sitzen:

Tisch Nr. 1.

Dr. v. Siemens, Leipzig, Dr. Dr. Braun (Anw. d. Med.: Der Mann ist zweimal verheiratet), 2866, Müller, Mgr. Runtius Paeell.

Welch Wunder, durch weissen Fügung, kann man erstaunt ausruhen!

Ein herrliches Bild: USOB-Sonzen und der Vertreter der Großindustrie im trauten Zusammensein.

Die anerkannten Koalitions-Unter- und -Verhändler durch „göttliche Fügung“ an einem Tisch mit dem Häfflein Runtius Paeell, der als Bestreiter des Papstes dafür Sorge zu tragen hat, daß endlich die Kontrahatsverhandlungen in Deutschland zum Abschluß kommen und dem Papismus die Taschen füllen.

Am 106 Tischen daselbe fleischliche parlamentarische Unterhaltungsplein. Sozialdemokraten — Wassen — Deutschnationale — im Burgfrieden vereint. Es ist die höchste Zeit, daß das deutsche Proletariat einen außerparlamentarischen Abend veranstaltet, auf dem den Brüdern aller Richtungen und Farben Ören und Sehen vergrößert.

Beim parlamentarischen Abend für Ober-Schlesien, der in Berlin abgehalten wurde, sahen ebenfalls Sozialdemokraten und Deutschnationale, Zentrumsführer, Volksparteiler harmonisch zusammen und tafelten auf Kosten des arbeitenden Volkes.

Den Arbeitervertretern ist nun im berücksichtigten „Tempo“, das vom Arbeiterverband herausgegeben wird, ein Helfer erstanden. In großer Aufmachung berichtete das Sensationsblatt über den diplomatischen Empfang in der Sowjetunion. Die SPD-Presse, besonders die Provinzialblätter, benutzte diesen Bericht, um gegen die Sowjetunion zu hetzen.

Die Arbeitervertreter und ihre Gönner wollen den Anseheln erwecken, als sei es das gleiche, wenn die Vertreter der proletarischen Diktatur unter dem diplomatischen Zwang gewisse Formalitäten — nämlich nicht mit besonderem Vergnügen — erfüllen, und wenn die sozialdemokratischen Minister freiwillig mit den Unternehmern und Bankiers zechen.

Genosse Krestinski muß als Vertreter eines revolutionären Staates im kapitalistischen Feindesland bestimmte Neugierlichkeiten einhalten, um seine politische Arbeit durchzuführen zu können. Die sozialdemokratischen Minister, Polizeipräsidenten, Gewerkschaftsführer, Parteisekretäre, Redakteure usw. aber werfen sich während dem Großkapital an den Hals. Sie tun es nicht, um die Sache der Arbeiter und Bauern zu verteidigen, sondern um die Arbeiterchaft zu verkaufen, zu knebeln, zu unterdrücken. Das ist der Unterschied. Wir zweifeln nicht, daß jeder Arbeiter diesen Unterschied versteht. Wenn das bürgerliche Regime zum Teufel gejagt wird, werden die Sowjetvertreter eines lästigen Zwanges und die sozialdemokratischen Führer einer freudig ergriffenen Möglichkeit zum Lebensgenuss entbunden. Es gilt, die Herstellung dieser Zustände zu beschleunigen.

erklärung Stellung nehmen möge. Im Namen der SPD. verübete Müller stolz, daß sie keine Veranlassung sähen, ihre Anträge, die nicht aus agitatorischen Gründen gestellt wurden, jetzt zurückzugeben. Er erklärte sich zu gleicher Zeit für eine Vertagung der Verhandlung, die dann auch mit allen Stimmten gegen die der Kommunisten beschlossen wurde. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde über die Vorlage zum Schutze der älteren Angestellten und die Angestelltenversicherung beraten und dabei vom Ministerialdirektor Grieser unter anderem darauf verwiesen, daß zurzeit ein Vermögensbestand bei der Reichsversicherungsanstalt von 1 Milliarde vorhanden ist, das jährliche Einkommen aus Beiträgen und Zinsen 424 Millionen ausmacht, dagegen die Leistungen nur 150 Millionen Mark betragen. Damit gab Ministerialdirektor Grieser zu, daß sehr wohl eine Herabsetzung der Altersgrenze ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Versicherungsbeiträge, wie sie von der SPD. beantragt wurde, möglich sei. Die Debatte wird über diesen Punkt am Donnerstag weitergeführt.

Weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit

Breaken, den 28. Februar.

Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schellenberg in der Provinz Westfalen (zu der Zeit vom 14. Februar bis 20. Februar 1929) die Zahl der Arbeitslosen von 287 983 auf 291 296 um 1,2 Prozent, die der Hauptunterstützungsempfänger von 232 040 auf 238 663, um 2,8 Prozent. In der Provinz Niederschlesien liegt die Zahl der Arbeitslosen von 189 667 auf 193 583, die der Hauptunterstützungsempfänger von 152 008 auf 156 620. Im Bezirk des Arbeitsamtes Breslau liegt die Zahl der Arbeitslosen von 58 810 auf 59 263, die der Hauptunterstützungsempfänger von 40 033 auf 40 662. In der Provinz Ostpreußen liegt die Zahl der Arbeitslosen von 98 316 auf 97 698, während die der Hauptunterstützungsempfänger von 80 041 auf 81 937 liegt.

Starkwägen im Niederrhein.

Am Donnerstag, 27. Februar. Mittwoch mittig fließen die ersten Schollen des Eises, das in riesigen Mengen von der Mosel herabtreibt, bei Neßum, oberhalb Wesel, auf die starke Eischwarte des Niederrheines, so daß es zu einer rasch anwachsenden Stauung kam. Da es bisher unmöglich war, die Eischwarte auseinanderzubrechen, muß man damit rechnen, daß der Rhein in den nächsten Tagen wieder bis Duisburg vollkommen mit einer Eisschicht bedeckt sein wird. Nach den letzten Meldungen aus Holland wurde im Rheinarms Waal an verschiedenen Stellen festgestellt, daß das Rheineis bis auf den Grund mit Schollen zugebedt ist.

In Duisburg wurden am Mittwochvormittag 21 Grad Kälte gemessen.

Zwanzig Tote beim Einsturz eines Kassehauses

Am 27. Februar. Der Berliner „Börsen-Courier“ meldet aus Kopen: Das große Kassehaus „Pantheon“ in der Luisenparkstraße, unter dem sich ein Varieté befindet, ist plötzlich eingestürzt. Zahlreiche Personen wurden verschüttet, von denen etwa, wie man befürchtet, 20 Personen getötet wurden.

Die Wetterlage.

Am 27. Februar. Das obere Rheintal und Süddeutschland haben noch Lauwetter bei 1 bis 2 Grad Wärme. Im übrigen Deutschland ist es im großen und ganzen kälter geworden. Am kältesten ist es heute an der Nordsee. Spät beispielsweise hat 18 Grad Kälte, Stettin 15 Grad, Königsberg 13 Grad. In Schlesien sind 9 bis 13 Grad Kälte.

Vom Tage

Wie der „Vorwärts“ berichtet, haben die vertragsschließenden Gewerkschaften das Sozialabkommen mit der deutschen Reichsbahn, das die Eisenbahnarbeiter aller Kategorien betrifft, zum 31. März gekündigt.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht eine Entschlüsselung, in der sie sich mit der Schaffung der Großen Koalition im Reich durch Einbeziehung von drei Zentrumsministern ins Kabinett und mit der Verlassung von zwei Ministersitzen an die Deutsche Volkspartei in Preußen einverstanden erklärt. Die Große Koalition im Reich soll nach diesem Vorschlag nur provisorischen Charakter für die Dauer der Pariser Reparationsverhandlungen haben.

Nach der Pariser Presse beabsichtigen die Gläubigerstaaten, die Gesamtsumme der Jahresrate für die deutschen Reparationszahlungen auf zwei Milliarden, darunter eine Milliarde Sachlieferungen, festzusetzen.

Erwerbslose erkämpfen ihre Forderungen

In der Stadtratssitzung von Waltershausen (Hüringen) brachte die kommunistische Fraktion zur Vindierung der Not der Erwerbslosen und der Sozial- und Kleinrentner einen Antrag auf Bewilligung von 20 000 Mark ein. Gemeinsam versuchten SPD und Bürgerliche, die Erwerbslosen zu betrügen, indem sie erklärten, es müsse erst einmal geprüft werden, wieviel zur Hilfe benötigt werde, denn eventuell könnte dies auch mehr als 20 000 Mark sein. (?) Gegenüber dieser Dimauschgerung, die die spätere Nichtbewilligung vorbereiten sollte, bestand die kommunistische Fraktion auf der Abstimmung ihres Antrages. Auf Grund ihres Druckes und dem der zahlreich anwesenden Erwerbslosen sah sich der Stadtrat gezwungen, die beantragte Summe zu bewilligen.

Groener genießt das Vertrauen aller Militaristen einschl. Sozialdemokraten

Die Abstimmung über die kommunistischen Mißtrauensanträge im Reichstag

(Fig. Ber.) Berlin, 27. Februar.

In der Mittwochssitzung des Reichstags kamen die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und gegen den Reichswehrminister Groener zur Abstimmung. Die Mißtrauensanträge wurden eingebracht im Anschluß an die gestrige Debatte über die Panzerkreuzerentschiffung des Reichswehrministers Groener. Der Reichszentraler Hermann Müller drückte bekanntlich dieses offene Kriegsdokument und fand den Beifall aller Militaristen.

Der kommunistische Antrag gegen die Reichsregierung wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Regierungsparteien. Der Antrag gegen den Reichswehrminister, den offenen Schrittmacher der neuen deutschen Aufrüstung, wurde abgelehnt in der Einheitsfront von den linken Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei. Die Deutsch-

nationalen enthielten sich zum Teil der Stimme, um damit ihr besonderes Vertrauen zu Groener zu dokumentieren. Einige deutsch-nationale Abgeordnete stimmten offen für den Reichswehrminister des Kabinetts Müller. Diese Abstimmung kennzeichnet besonders die heuchlerische Politik der linken Sozialdemokraten, die vor den rebellierenden sozialdemokratischen Arbeitern so tun, als ob sie in Kampfstellung zu Groener und zur illegalen Aufrüstung stehen, in Wirklichkeit aber durch ihre Haltung im Parlament erst die Kriegspolitik des Reichswehrministers Groener ermöglichen.

Wiffell hilft dem „linken“ Aufhäuser aus der Klemme

Reichsarbeitsminister will verhindern, daß die SPD. wiederum gegen ihre eigenen Anträge stimmen muß

(Fig. Ber.) Berlin, 27. Februar.

Zu Beginn der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses nahm der Reichsarbeitsminister Wiffell das Wort zu einer offiziellen Regierungserklärung, die da besagt, daß das Kabinett am 20. Februar mit den Anträgen für einen Ausbau der Invalidenversicherung sich in eingehender Weise beschäftigt habe. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der reparationspolitischen Belastung hält die Regierung eine auch nur teilweise Durchführung der gestellten Anträge nicht für möglich. Dringend wünsche und bitte er, daß die Antragsteller von ihren Anträgen Abstand nehmen möchten. Wiffell versprach, in Verbindung mit den Landesversicherungsanstalten noch besonderes Material herbeizuschaffen über die Anzahl derjenigen Versicherten, die bei einer Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66 2/3 auf 50 Prozent Rentenanspruch hätten, ebenso Material über Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit der über 60 Jahre alten Arbeiter.

Die Kommunisten widersprachen einer Vertagung auf unbestimmte Zeit und verlangten, daß die SPD. zu dieser Regierungs-

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Kudo-Radil II

Beifall erscholl. Entrow rief Gröthe triumphierend in die Seite. Dieser trat sich über seine Vordermänner hinweg. „Weißt du denn nicht, daß bereits wieder Kohlen auf Feldern geschüttelt werden?“ rief er laut, die Hand als Schaktrichter brandend.

„Aber natürlich weiß ich das,“ sah Reese lächelnd fort. „Sogar jeder Kumpel weiß, daß man Kohlen nicht immer vom Sortierband in die Verkaufsmagazin schüttet. Daß man Reeser haben muß. Bald geht auch der Kohlentransport wieder ein. Kollegen, für uns ist das doch die beste Dummheit, daß wir unsere Pflicht voll erfüllen. Wir werden auch nicht verärrnen, diese Rechnung bei den Kohlenhandlungen zu präsentieren. Jetzt ist es an den anderen, unsere Schuldbüchel zu tun. (Zuruf: „Höhen soll zahlen!“) Jawohl, Kollegen, das auch. Aber Kohlen ohne Verkaufsmittel nützen uns auch nichts. Alles für den Wiederwuch der unserer Wirtschaft in unserem neu eroberten, republikanischen, deutschen Vaterlande!“

Es mochte vielleicht an den letzten ungeklärten Formalitäten liegen, daß sich in der Handlungsbühne unvermeidliche Jarae mischten, und sich im Saal geistreiche Dialoge zwischen Gruppen bildeten.

„Du meinst doch selbst, daß man die Transportmittel mischeln mußte,“ sagte Entrow zu Gröthe.

„Aber nicht so, daß du denn nicht verstanden, wo der Jarae will, die Kohlenhandlung sollen auch Reeser haben,“ rief Gröthe aufgebracht.

„Kohle da Patent!“ rief die Stimme eines anderen Versammlungsteilnehmers durch den Saal.

Ein lang und jager gewachsener Mann betrat die Tribüne und begann mit schmerzlicher Stimme: „Deutsche Volksgenossen und -genossinnen! Wohin geht denn der größte Teil der Kohle, die der Bergmann dem dunklen Schoß der Erde abringt? — Doch dem Verkauf der Schwachhieser haben wir allmonatlich 1 000 000 Tonnen Reparationskohle an unsere Feinde zu liefern. Eure Minister begannen auch vorn und hinten, füllen sich nur die Taschen wie dieser Erzberger, der jetzt in Berlin von einem deutschen Gericht entführt wird. Das ist der alte Erzberger, der mit dem berückelnden Scherenschnitt 1918, als unsere heldenhafte Armee kurz vor ihrem Endtag

stand, uns den Dolch in den Rücken stieß. Nur so, meine Damen und Herren, war es möglich, uns dieses Friedensdiktat anzuzwingen! Nur so sind unsere Feinde in der Lage, uns bis aufs Hemd auszuplündern, ihren Uebermut so weit zu treiben, daß sie sogar die Auslieferung deutscher Männer, die nichts weiter als ihre vaterländische Pflicht getan haben, an ihre Nachgerichte fordern.“

Jetzt kam die sich immer mehr bemerkbar machende Unruhe zu hellem Anbruch.

„Man immer los, weg mit dem ganzen Stoppzeug!“

„Aus die Lade pfeiff du?“

„Aunter mit dem Patentkreuzler!“

„Schluß! Schluß!“

Stolzgehobenen Rentenscheines lehrte der böhmische Propagandarebner auf seinen Platz zurück. Entrow, der ihm mit den Augen folgte, durchfuhr ein freudiger Schred. An demselben Tisch, wo sich der Diskussionsredner niederließ, lag die interessante Reiseschmuckkiste von damals, als er hierher fuhr. Obwohl sie ungefähr zehn Einheitsreiter entfernt lag und heute nur ein einfaches blaues Kostüm trug, erkannte er sie sofort wieder. So war also ihr beim flüchtigen Abschied auf dem Bahnhof ausgesprochen Wunsch, der ja auch der seinige war, doch in Erfüllung gegangen. Sie trafen sich wieder! Wenn das ein Fingerzeig des Schicksals war?

In weiteren Kombinationen aber kam er nicht mehr, da Peter Anders begonnen hatte, mit dem böhmischen Provokateur abzurechnen.

„Mit dieser dummen Heilmethode“, sagte er in seiner bedächtigen, aber von unterdrückter Erregung zitternder Stimme, „mögen diese Herrschaften wohl in Oberbayern und Hinterpommern Glück haben. Aber die Ruhrpottschiffen prant ihr nicht zum zweiten Male vor euren schmerzgewundenen Drehtrollen!“

Leuter Beifall und Handclaque unterbrachen hier seine Ausführungen.

„Ich will“, sprach Anders weiter, „nicht zum sonderbarsten Male die blöde Duldungslegende widerlegen. Aber setzen wir doch mal den Fall, wir hätten so glänzend gekämpft, wie es nach Ansicht des Kurierers möglich gewesen wäre. Glaubt ihr, wir hätten dann in Deutschland eitel Müll und Honiggelbes? Die jüngeren von uns hätten das Vergnügen, als Befehlshaber in den besten Gebieten zu stehen. Und wir anderen? Wir müßten uns zu Hause mit unseren Ministermännern herumplagen, wie jetzt wieder die französischen Eisenbahner und die Postarbeiter in England. In diesem Krieg gab es nur einen Sieger, das ist der Kapitalist, der haben und drücken sein Schatzes ins Irrende brachte. Glaubt jemand im Ernst, unsere

Löhnen, Daniel, Klöner, Krupp, Stinnes würden uns im Falle des Sieges um ein Haar humaner behandeln? Nein, Kollegen, der Proletarier hat noch kein Vaterland, aber er wird es sich noch erobern. Jawohl, wie unsere russischen Brüder! Darum sollen auch die mittonnen Entblünte ihr schwarzweißrotes Stroh wo anders brechen. Der Proletarier hat nur einen Feind: das ist die internationale Kapitalistenklasse.“ Er wollte noch weiter sprechen, aber der stürmische Beifallsjubel hinderte ihn daran. Und plötzlich schwang sich aus der rechten Menschengemenge der Gesang der Internationale empor.

„Die Versammlung ist geschlossen“, brüllte Reese in den Saal, wohl einsehend, daß nichts mehr herauszuholen war. Unter brausendem Gesang leerte sich der Riesensaal nur langsam.

Als Ernst Entrow sich nach dem vollen Gelben und dessen Begleiterin umschah, waren diese in dem Menschengewühl spurlos verschwunden.

4. Kapitel

In dem austrangierten Eisenbahnwagen, der den Schrottarbeitern als Garderobe und Aufenthaltsraum diente, sah in der Mittagspause Ernst Entrow, sich die verkrümmten Finger an seinem Gentelmann wärmend. Er verspürte heute kaum einen Essensthang. Das machte die schlaflose Nacht, eine Folge der gestrigen stürmischen Versammlung. Auf der Straße hatte es nach Versammlungsschluß noch lebhaft Diskussionen gegeben. Die da diskutierten, waren durchweg alte erfahrene Pioniere der Arbeiterbewegung.

Er, der erst vergangene Woche dem Verband beigetreten, kam sich dagegen klein und unbedeutend vor. Hart prallten die Gegenläufe aufeinander. Gröthe hatte sich gäh an einen alten unbedeutenden Anhänger des Ueberstundenabkommens festgebissen. Dieser, Oberst mit Namen, war zwar selbst kein Bergmann, aber als Eisenbahnbetriebsrat, Stadtverordneter und Vorsitzender der hiesigen SPD-Ortsgruppe immerhin eine beachtenswerte Persönlichkeit. Als ihn Gröthe mit seiner Argumentation so in die Enge getrieben hatte, daß er nicht mehr weiter konnte, hatte er schließlich nur noch das eine übrig:

„Schließlich haben wir oben in der Regierung unsere Genossen. So Hug wie ihr sind die schon lange, und die werden schon dafür sorgen, daß unsere Interessen nicht zu kurz kommen.“ Da stierte Gröthe den Göh von Verlöbungen und ließ ihn stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Kurt Dombrowski. Für „Friede und Freiheit“ und „Geldverleih“: Wilhelm Bielow, für „Breslau“, „Berlin“ und die übrigen Zeitungen: Kurt Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den wirtschaftlichen Teil: Georg Paris in Gubenburg. — Für „Luzern“: W. Berger-Breslau.

Der Kampf der Erwerbslosen und die Gewerkschaften

„Soll der Massenkampf einen Erfolg haben, so muß er zu einer wirklichen Volksbewegung werden, d. h. die breitesten Schichten des Proletariats mit in den Kampf ziehen.“ (Rosa Luxemburg in der im Jahre 1906 erschienenen Broschüre „Massenkampf, Partei und Gewerkschaften.“)

b. Am kommenden Sonntag findet in Breslau die diesjährige Bezirkskonferenz der schlesischen Erwerbslosen statt. Der provisorische Erwerbslosen-Ausschuß von Breslau richtet an alle Erwerbslosen einen Aufruf, der bereits in der letzten Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurde. In dem Aufruf wird u. a. die Rolle der Gewerkschaften im Kampf der Erwerbslosen um Arbeit und Brot behandelt. Da es mit Aufgabe der Erwerbslosen Konferenzen sein wird, über dieses Thema zu sprechen und Beschlüsse zu fassen, ist es notwendig, diese Frage vor dem breitesten Forum der Erwerbslosen zu behandeln.

Der vierte Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale sagt in der Entschlußfassung über die Arbeit unter den Erwerbslosen u. a. folgendes:

„Die wichtigsten Richtlinien dieser Arbeit (Organisierung der Arbeitslosen) sind:

a) Kampf um die Beibehaltung aller Verbandsrechte, die den im Produktionsprozeß stehenden Arbeitern zustehen, auch für die Arbeitslosen, und Kampf für die Aufnahme der Arbeitslosen in die Verbände.

b) Schaffung von Arbeitslosen-Komitees im lokalen und im Reichsmaß, deren Aufgabe darin besteht, die Tagesinteressen der Arbeitslosen zu vertreten und die Verbindung zwischen den Arbeitslosen und den Organisationen der übrigen Teile der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten.

c) Kampf um die Anerkennung der Arbeitslosen-Organisationen durch die Gewerkschaften und für die Herstellung einer engen Verbindung zwischen den Organen der Arbeitslosen-Bewegung einerseits und den Gewerkschaften und den Betriebsräten andererseits.

d) Kampf für die Verwirklichung der wichtigsten Arbeitslosen-Forderungen.

e) Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den Erwerbslosen zur Hebung ihres Klassenbewußtseins.“

Die Wichtigkeit dieser Richtlinien kann von keinem denkenden Klassenbewußten Arbeiter abgestritten werden. In den Ländern, wo selbstständige rote Gewerkschaften bestehen (Sowjetrußland, Tschechoslowakei, Frankreich usw.) ist es Aufgabe dieser Gewerkschaften, die in den Richtlinien aufgezählten Aufgaben zu erfüllen. In den anderen Ländern, wo, wie in Deutschland, keine roten Gewerkschaften bestehen, und wo die Anhänger der Roten Internationalen Mitglieder reformistischer Gewerkschaftsverbände sind —

wer soll dort diese Aufgaben zu erfüllen trachten?

Die Gewerkschaften?

Wie die deutschen reformistischen Gewerkschaften die Interessen der Erwerbslosen „vertreten“, ist den Erwerbslosen bekannt. In diesen Gewerkschaften werden erwerbslose Proleten als Mitglieder nicht aufgenommen. In anderen werden unverändert hohe Eintrittsgelder verlangt. So beträgt z. B. das Eintrittsgeld in den Breslauer Bauergewerksbund 9 Mark, wodurch es seinem erwerbslosen Bauarbeiter unmöglich ist, dem Verband beizutreten. Im Verband selbst werden die Rechte der erwerbslosen Mitglieder beschritten. Auch hier sei der Breslauer Bauergewerksbund erwähnt, der in seinem neuen Ortsstatut u. a. bestimmt, daß zu Vorstandsmitgliedern und Vertretern nur Kollegen gewählt werden dürfen, die fünf Jahre organisiert sind und in diesen fünf Jahren 200 Vollbeiträge bezahlt haben. Die Kollegen aber, die das Pech hatten, einmal im Jahre länger als zwölf Wochen arbeitslos zu sein, haben nicht das Recht, Funktionen zu bekleiden, sie werden zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert. Aus der Geschichte der schlesischen Erwerbslosenbewegung ist uns bekannt, daß der Bezirks-Ausschuß des ADGB. grundsätzlich ablehnt, eine Erwerbslosen-Konferenz von den Gewerkschaften aus einzuberufen. In einigen Orten allerdings haben die unter reformistischer Leitung stehenden Ortsausschüsse sogenannte Erwerbslosen-Kommissionen eingesetzt, wohl gemerkt, eingesetzt, aber nicht durch die Erwerbslosen wählen lassen. Diese Kommissionen, wie z. B. die Breslauer, trafen ein kümmerliches Dasein. Sie sind bestenfalls Auskunftsstellen. Die breiten Massen der Erwerbslosen kümmern sich um diese Kommissionen nicht, weil sie aus Erfahrung wissen, daß die Kommissionen lediglich Beruhigungspillen verabreichen, nicht aber den Kampf der Erwerbslosen gegen das Unternehmertum und den kapitalistischen Staat organisieren. Am besten kann man die Tätigkeit der Reformisten durch nachfolgende Auszüge aus einem vor einigen Tagen in der sozialdemokratischen Presse niederschleiften erschienenen Bericht über eine Erwerbslosenversammlung in Ströbel bei Schweidnitz kennzeichnen:

„Ströbel. In der Erwerbslosenversammlung des Gewerkschaftskartells kamen zunächst Beschwerden über das Arbeitsamt Schweidnitz zur Sprache. Kollege Protter bewies, daß die SPD. in der Gemeinde nach Kräften auf Verbesserungen für die Erwerbslosen und Bedürftigen hingearbeitet habe. Auf Antrag wurde von der Bildung eines Erwerbsloserrates abgesehen. Daß das Gesetz nicht noch besser ist, liegt an den bestehenden Machtverhältnissen im Reiche, die für die Arbeiter ungünstig sind, weil Millionen noch politisch und gewerkschaftlich gleichgültig sind.“

Hier haben wir den Salat: Ein Erwerbslosenausschuß ist nicht notwendig, das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz ist gut und wird noch besser werden, sobald die Erwerbslosen aus ihrer Gleichgültigkeit aufwachen und der SPD. ihre Stimme geben.

In der sozialdemokratischen „Vergewalt“ wird die Stellung der SPD. zu den Erwerbslosenausschüssen wie folgt gekennzeichnet:

„Die Erwerbslosenausschüsse sind lediglich SPD.-Zentralen, denn es steht nur den Gewerkschaften zu, die Interessen der Erwerbslosen zu vertreten. Leider handelt es sich aber bei vielen Arbeitslosen um Unorganisierte, die gar kein Recht haben, über Gewerkschaftsführer zu schimpfen.“

Es ist klar, daß mit solchen Methoden die Lage der Erwerbslosen nicht verbessert werden kann. Soll damit etwa gesagt werden, daß die Erwerbslosen und ihre Kampforgane, die Erwerbslosenausschüsse, sich

um die Gewerkschaften überhaupt nicht kümmern

sollen? Nein, diese Schlussfolgerung aus dem fortwährenden reformistischen Verrat zu ziehen, wäre falsch. Man muß sehen, daß die Gewerkschaften aus Führern und Mitgliedern bestehen. Die Führer haben sich mit Haut und Haaren den Kapitalisten verschrieben, von ihnen ist nichts mehr zu erwarten. Die Mitglieder sind eben solche Proleten wie die Erwerbslosen, der Unter-schied besteht lediglich darin, daß die einen noch im Betrieb stehen, die anderen aber schon rausgeschlagen sind.

Mit den Mitgliedern der Gewerkschaften müssen die Erwerbslosen ein Kampfbündnis schließen,

das sich gegen die Kapitalisten und die reformistischen Kapitalisten richtet.

Dabei muß man sich hüten, die Bedeutung der Gewerkschaften, d. h. des organisierten Teiles des Proletariats, zu überschätzen. In dem an der Spitze angeführten Zitat von Rosa Luxemburg wird mit Recht gesagt, daß der Massenkampf nur dann einen Erfolg haben kann, wenn in ihn die breitesten Schichten des Proletariats, und nicht etwa nur die Organisierten, hineinbezogen werden. An einer anderen Stelle derselben Broschüre sagt Rosa Luxemburg noch deutlicher:

„Die . . . Massenkämpfe können unmöglich in Deutschland von den Organisierten allein getragen . . . werden.“

Ueber die Rolle der Unorganisierten sagt Rosa Luxemburg: „Die Ueberschätzung und die falsche Einschätzung der Rolle der Organisationen im Klassenkampf des Proletariats wird gewöhnlich proletariermassen und ihrer politischen Reife. In einer revolutionären Periode . . . zeigt sich erst die ganze erzieherische Wirkung der raschen kapitalistischen und der sozialdemokratischen (kommunistischen) Agitation auf die breitesten Volksschichten, wodon in ruhigen

Sellen die Tabellen der Organisationen und selbst die Wahlstatistiken nur einen ganz schwachen Begriff geben.“

Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß es falsch ist, wenn in dem Aufruf des provisorischen Erwerbslosen-Ausschusses von Breslau behauptet wird, daß in dem Kampf der Erwerbslosen „den Gewerkschaften eine entscheidende Rolle zufällt“, daß diese „die fortgeschrittensten Teile des Proletariats umfassen“ und daß die Erwerbslosen nur in den Orten Erwerbslosen-Ausschüsse wählen sollen, wo die Gewerkschaften keine wählen oder ihre Arbeit labotieren. Die Un Sinnlichkeit dieser Vorschläge geht schon aus dem Umstand hervor, daß selbst der Breslauer provisorische Ausschuß ohne den Segen der Margaretenstraße gewählt wurde und zum Teil aus gewerkschaftlich unorganisierten Kollegen besteht.

Erwerbslose, es ist nicht eure Aufgabe, einen Spalt zwischen die Organisierten und Unorganisierten hineinzutreiben. Ebenso wenig ist es eure Aufgabe, die auf dieses Ziel gerichtete Tätigkeit der reformistischen Vertreter zu unterbrechen. Laßt alle Hoffnungen auf die reformistischen Gewerkschaftsführer fahren. Nehmt selbst eure Schicksal in die Hand! Helft mit, die

Einheitsfront aller Proletarier zu organisieren. Die Betriebsstätigen sind ebenso an dem Kampf der Erwerbslosen interessiert wie die Erwerbslosen an dem Kampf der Betriebsstätigen. Die Organisierten gehören ebenso in die Kampffront wie die Unorganisierten. Die elende Lage des Proletariats zwingt uns, diesen Kampf sofort zu organisieren. Organe dieses Kampfes sind:

bei den Erwerbslosen die von den Erwerbslosen selbst gewählten Ausschüsse,

bei den Betriebsstätigen die von ihnen selbst gewählten Kampfleitungen.

An der Wahl der Ausschüsse und der Kampfleitungen müssen sich alle Proleten beteiligen, gleichviel ob sie organisiert oder unorganisiert sind. In diese Ausschüsse und Kampfleitungen gehören die Kampfschlosser und Kollegen ohne Rücksicht auf ihre gewerkschaftliche und politische Zugehörigkeit.

Die Parole der Stunde lautet: Keine Schwanzpolitik hinter den reformistischen Führern, sondern sofortige Organisierung des einheitlichen Kampfes der Erwerbslosen und Betriebsstätigen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei.

Handgranaten statt Brot

In Baden zeichnet sich der sozialdemokratische Innenminister Adam Remmle besonders durch seine Brutalität gegenüber der Arbeiterchaft und den Erwerbslosen aus. Die ihm unterstehende Polizei hat wiederholt in den letzten Monaten in verschiedenen Orten brutale Gummiknüppelattaken gegen Erwerbslose unternommen. Daß Remmle dafür Sorge trägt, daß die Polizei auch mit allen Waffen gut ausgerüstet ist, um den Erwerbslosen statt Brot blaue Bohnen zu geben, dafür zeugt eine Arbeiter-Korrespondenz, die unser Bruderorgan, die „Arbeiter-Zeitung“ Mannheim, veröffentlicht. In derselben heißt es:

„Ich hatte am Dienstag auf dem Güterbahnhof „Rüppurrer Straße“ zu tun und war Zeuge nachstehender Tatsache: auf einem der mittleren Gleise, ziemlich oben am Ende, stand der Waggon Kassel 80459 friedlich zwischen den anderen Wagen. Nur etwas stiel an demselben auf: an beiden Seiten des Waggons war in den Zettellästen ein dreieckiges weißes Papier mit rotem Rande und auf der Spitze stehenden grünen Dreieck und trug in großen roten Lettern die Schrift: „Explosiv. Vorsichtig verschicken.“ Es dauerte auch nicht lange, dann kam ein Lastauto mit Anhänger angefahren, besetzt mit etwa acht Remmle-Gardisten, aber nicht mit Eskalo, sondern hübsch fein als Monteure in blauen Monteurauszügen. Ich ließ durch einen Bekannten, der von den Polizisten

einige kannte, fragen, was sie wollten, und erhielt die Antwort: „Handgranaten ausladen.“ Tatsächlich geschah dies, und in dem Waggon fanden nebeneinander etwa 100 bis 120 Riften mit der Aufschrift: „Vorsicht, Inhalt 25 Stielhandgranaten Nr. 24.“ Auffallend war noch, daß die üblichen Herkunftszettel an dem Waggon, die die Versandstation verzeichnen, sein säuberlich entfernt waren.“ Die Arbeiterchaft wird ihren gemeinsamen Kampf mit den Erwerbslosen als Antwort auf diese offensichtlich bürgerkriegsbewaffnungen der Polizei durch sozialdemokratische Führer verschärft fortsetzen.

Erwerbsloser!

Welche Partei vertritt deine Interessen?
Einzig und allein die kommunistische Partei!
Welche Zeitung unterstützt deinen Kampf um Brot und Arbeit?
Einzig und allein die kommunistische Presse!
Unterstütze deshalb auch du die kommunistische Presse!
Kaufe sie nicht bloß gelegentlich, sondern abonniere sie ständig!

Auf kaltem Wege zur Diktatur

Die Politik Stresemanns und der Trustbourgeoisie

In der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am Dienstag hielt Stresemann, wie wir gestern „Vom Tage“ meldeten, ein großes politisches Referat über die Politik der Trustbourgeoisie. Stresemann stellte fest, daß die Krise des Parlamentarismus schon mehr als eine Vertrauenskrise sei und im wesentlichen auf die ängstliche Fraktionspolitik der einzelnen Parteien zurückzuführen ist. Das Ansehen des Reichspräsidenten müsse in jeder Beziehung gestärkt und seine Machtsbefugnisse ausgestaltet werden. Der Reichspräsident könne in Gemeinschaft mit dem Reichszentraler die Regierungsumbildung in dieser oder jener Weise vornehmen, womit er gleichzeitig andeute, wie Hermann Müller aus dem Sumpf der Koalitionsverhandlungen sich befreien soll. Eine Demission der Reichsregierung komme wegen der Verhandlungen der Sachverständigen in Paris nicht in Betracht. Eine Ergänzung der heutigen Regierung durch Einbeziehung der Richtung Hugenberg komme nicht in Frage. Wenn die Preußenfraktion der Deutschen Volkspartei sachliche Bedenken hege, jetzt in die preußische Regierung einzutreten, so müsse die Entwicklung im Reiche lediglich auf Grund der Reichsinteressen erfolgen. Das will belagern, daß die Deutsche Volkspartei im Reiche weiterhin in der Regierung verbleiben will, ohne daß zunächst die Preußenfrage erledigt worden ist. Das Zentrum in Preußen will zunächst das Konföderat und einige andere Fragen ohne die Deutsche Volkspartei erledigen, und wenn das geschehen ist, sich über die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in Preußen mit den anderen Parteien verständigen. In schärfster und demagogischer Weise sprach Stresemann über die Steuerpolitik der Koalitionsregierung. „Wir quetschen die Steuerstände wie eine Zitrone aus.“ Selbstverständlich forderte Stresemann nicht die Herabsetzung des Heeresbudgets, die Befreiung der Umfaksteuern, die Herabsetzung der Massenverbrauchssteuern, sondern im Interesse des Trustkapitals

des Staates seien, um die Kapitalbildung in schnellerem Tempo zu vermehren. Wenn Stresemann patetisch ausruft: „Daß es mit dieser Politik so nicht weiter geht, wenn wir nicht sehenden Auges in den Abgrund hinabstürzen wollen“, läßt erkennen, daß die Deutsche Volkspartei sich zu einer großzügigen Offensive gegen die Arbeiterklasse im Sinne der Trustbourgeoisie anschickt. Ganz in dieser Richtung liegt die Aufforderung Stresemanns an die anderen Parteien, mit dem Beitritt um die Populäritätshäuferei aufzuhören, um eben den wertvollsten Schichten rücksichtslos als bisher das Fell über die Ohren ziehen zu können. Im Jahre taune man von illegalen Bestrebungen und den Versuchen der Errichtung einer faschistischen Diktatur. Stresemann hält Hindenburg nicht für fähig, solche Diktaturversuche zu unterstützen. Stresemann proklamiert zwar nicht offene Diktatur, aber seine Forderungen nach „Verbesserung“ des parlamentarischen Systems, Veränderung des Wahlsystems und dergleichen liegen in der Linie, auf kaltem Wege der Diktatur näherzukommen.

In dieser Rede hat Stresemann erneut das Programm der deutschen Bourgeoisie des imperialistischen Trustkapitals umrissen. Infolge der schnellen Verschärfung aller äußeren und inneren Gegensätze hält Stresemann gegenwärtig die Politik der Großen Koalition, die Mitverantwortung der sozialdemokratischen Führerschaft, die Erziehung eines Teils des deutschen Proletariats zur aktiven Unterstützung der imperialistischen Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie für am zweckmäßigsten. Es ist sicher anzunehmen, daß in diesem Sinne die Beschlüsse der Zentralvorstandssitzung ausfallen. Das bedeutet, daß das deutsche Proletariat in den nächsten Wochen und Monaten durch die Annahme des Statuts im Reichstag, durch die Sanktionierung der Beschlüsse der Sachverständigenkonferenz in Paris, durch weitere Hungerstreikgespräche und der weiteren Vorbereitung der kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen neuen schweren Kämpfen entgegengeht. Das deutsche Proletariat wird in diesen Kämpfen mit derselben schonungslosen Rücksichtslosigkeit die sozialdemokratische Führerschaft bekämpfen, wie das Trustkapital

die Herabsetzung der sozialen Lasten, um die stillen Reserven der Wirtschaft, die auch die stillen Reserven

Die neue Verordnung über die Krisenfürsorge

Ein neuer Beitrag an den Arbeitslosen - Wiffell ermächtigt die Landesarbeitsämter - Die "Gewerkschaftszeitung" und die Schandverordnung

Von E. Stellen, Berlin.

Am 22. Februar hat Wiffell endlich auf den Reichstagsbeschluss vom 8. Februar reagiert. Sein neuer Erlass über Personenzins und Dauer der Krisenunterstützung tritt am 26. Februar in Kraft.

Der Erlass gliedert sich in drei Gruppen: 1. Solche, die die Krisenunterstützung schon erhalten und weiter bekommen sollen.

2. Die zweite Gruppe umfasst den Personenzins, der eine Krisenunterstützung erhalten kann. Der Reichsarbeitsminister hat nicht etwa verfügt, daß die nachstehenden Berufsgruppen jetzt sofort in die Krisenunterstützung aufgenommen sind.

3. Eine Reihe von Berufsgruppen, die nicht als saisonmäßige gelten, sind auch fernerhin grundsätzlich von der Krisenfürsorge ausgeschlossen. Es handelt sich um die Angehörigen aus dem Bergbau, chemische Industrie, Zellstoff- und Papierherstellung, Mollerei-gewerbe, Getreidegewerbe, Gesundheits-, Körperpflege und Reinigungs-gewerbe, Berufsgruppe häusliche Dienste, Lohnarbeit wechselnder Art, soweit es sich nicht um Fabrikarbeiter handelt, und Angehörige der Land- und Forstwirtschaft, mit Ausnahme der Gärtner und Gartenarbeiter, sowie alle Angehörigen des Baugewerbes.

Rein Wort der Kritik ist schon genug dieses demagogische Manöver, das der Hungerminister gemacht hat. Er hat die Verantwortung für die Durchführung des Reichstagsbeschlusses, er überläßt es aber den reaktionären Präsidenten der Landesarbeitsämter, ganz nach Belieben und Wünschen der Unternehmerorganisationen die Krisenfürsorge auszudehnen oder es bei dem gegenwärtigen Zustand zu belassen.

„Nach dieser grundsätzlichen Ankündigung (gemeint ist die Ausdehnung auf alle Berufe - Die Red.) liegt man mit um so größerem Befremden, daß dieses so wichtige Recht des Ministers zur Ausdehnung der Krisenunterstützung von ihm in einer außerordentlich abgeschwächten Form wahrgenommen wird.

„Es vergeht nach den bisherigen Erfahrungen sehr viel Zeit, ehe irgendeine Beschwerde abgestellt werden kann, ... wir befürchten, diese negative Tendenz der Anordnung wird die Präsidenten der Landesarbeitsämter nicht anreizen, ihre Verfügungen allzu positiv auszuweisen.“

Die Gewerkschaftsführer üben diese zähe Kritik, um sich vor der Empörung der Arbeiter zu schützen. Sie müssen aber andererseits zugeben, daß sie selbst weitgehend mitgeholfen haben, für eine Einschränkung der Krisenfürsorge zu wirken.

„In den Besprechungen, die zwischen Reichsarbeitsminister und Gewerkschaften stattgefunden hatten... daß eine Zulassung der Arbeitgeber zur Krisenunterstützung... kaum zu verzeichnen war.“

Der Erlass des Arbeitsministers geht aber viel weiter. Nicht nur die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter, sondern auch die Vorsitzenden der Arbeitsämter werden ermächtigt,

„die Krisenunterstützung innerhalb der grundsätzlich zugelassenen Berufsgruppen für solche Bezirke, Berufe oder Berufsarten einzuschränken oder auszuschließen, für die sie nach der Lage des Arbeitsmarktes einbehalten werden kann.“

Das bedeutet, daß diese Institutionen vollständig freie Hand haben, und die „Gewerkschaftszeitung“ bemerkt dazu:

„Schon bei diesen bisher erteilten Ermächtigungen (gemeint sind die früheren Verordnungen - Die Red.) haben sich die geschiederten Mängel deutlich genug erwiesen. ... Eine so wichtige Aufgabe, wie die Regelung der Unterstützung der langfristigen Arbeitslosen oder auch der kurzfristig Beschäftigten darf nicht politisch unverantwortlichen Personen übertragen werden.“

Diese Personen wurden fernerzeit als Vertrauensleute der Bürgerblockregierung berufen. Die Übertragung der jetzigen Vollmachten an sie ist eine politische Konzeption des Reichsarbeitsministers Wiffell an die Parteien der Schwerindustrie und die Zelle des Bürgerlums, die keine Ausdehnung der Krisenfürsorge wollen, und die für die voll-

ständige Verelendung der Arbeiter sind. Wiffell weiß das und trägt daher die Verantwortung für die Folgen.

Wenn in der Verordnung auch gesagt ist, daß die Landesarbeitsämter mit größter Beschleunigung die Verordnungen durchführen sollen, so bedeutet das, daß es noch lange dauern kann, ehe wirklich in den einzelnen Bezirken die genannten Berufsgruppen zugelassen werden. Die Verordnung hat keine rückwirkende Kraft. Anträge auf Zulassung werden auch nur insoweit berücksichtigt, als die betreffenden Arbeiter nicht vor dem 1. Dezember aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind. Also eine erneute reaktionäre Einschränkung, die wieder den Teil trifft, der von der Notlage mit am stärksten betroffen wird.

Diese Darstellung zeigt, wie der Minister es verstanden hat, entsprechend den Wünschen der bürgerlichen Parteien die Ausdehnung der Krisenunterstützung praktisch nicht in Kraft treten zu lassen. Jetzt ist es die Aufgabe der Arbeitslosen, erst recht in allen Bezirken den Kampf aufzunehmen für die reifliche Einbeziehung aller der Berufsgruppen, für die die Präsidenten der Landesarbeitsämter die Einbeziehung anordnen können. Weiter muß der Kampf geführt werden um die Ausdehnung auf alle Berufsgruppen. Der Reichs-Gewerkslosentag am 6. März muß ein gewaltiger Auftakt hierfür sein!

Gegen die Spaltungsarbeit der Reformisten

Elegischer Erwerbslose geschlossen hinter der SPD.

Es fand in Elegisch eine Erwerbslosenversammlung statt, an der etwa 600 Erwerbslose teilnahmen. Die kommunistische Partei sah sich genötigt, eine Versammlung einzuberufen, weil die Gewerkschaften es ablehnten, allgemeine Versammlungen einzuberufen.

Wirtschaftsbeihilfe: für Ledige 10 Mark, Verheiratete 15 Mark, jedes Kind 5 Mark. Freistellung eines Wärmehaals und eines Unterkunftsraumes für den Erwerbslosenrat.

Die Beschlüsse des Ortsausschusses des ADGB, die Erwerbslosen in Sparten zusammenzufassen und Branchenversammlungen abzuhalten, bedeuteten Spaltung der Erwerbslosen. Die Organisierten sollen gegen die Unorganisierten ausgespielt werden.

Landestonferenz der schlesischen Erwerbslosen

am 2. und 3. März in Breslau

Tagungsort

bei Graf, Westendstraße 37. Zu erreichen vom Hauptbahnhof sowie Kreisburger Bahnhof mit der Gürtelbahn (Linie 7), Umsteigen am Königsplatz in die Linie 1 oder 21. Aussteigen Haltestelle Leuthenstraße.

Tagungsbeginn

Samstags, den 2. März, pünktlich 14 Uhr, voraussichtliches Ende der Konferenz Sonntag nachmittags.

Jeder Delegierte hat mitzubringen

- 1. Einen Ausweis über seine Wahl, mit Angabe der Zahl der an seinem Orte vorhandenen Erwerbslosen.
2. Falls gewerkschaftlich oder politisch organisiert, das Mitgliedsbuch dieser Organisationen.
3. Eine Mark Unkostenbeitrag zur Deckung der Ausgaben der Konferenz.

Wüstegiersdorf

Die Erwerbslosen fordern

Am 25. Februar hielten die Erwerbslosen eine Versammlung ab. Kollege Sellig aus Waldenburg sprach über die zentrale Zusammenfassung der Erwerbslosen. Die Versammlung beschloß hierauf, einen Delegierten zur Bezirksarbeitslosenkonferenz am 2. und 3. März zu schicken.

- 1. Finanzielle Unterstützung in Form einer Wirtschaftsbeihilfe;
2. Belieferung mit Brennmaterial und Lebensmitteln;
3. Beihilfe für die aus der Schule zu entlassenen Kinder und der in die Schule eintretenden Kinder;
4. Keine Abrechnung der Wohlfahrtsunterstützung vom späteren Arbeitsverdienst;
5. Zahlung einer tausenden Mark Beihilfe.

An den Erwerbslosen der einzelnen Gemeinden wird es nun liegen, bei den nächst stattfindenden Gemeindevorstellungen, wo diese Anträge zur Beratung stehen werden, aufzumarschieren, um den üblichen Druck hinter ihre Forderungen zu machen.

Magnas

Wie lange noch diese Mängel?

Des öfteren haben wir schon von dieser Stelle aus die Mängel auf dem hiesigen Arbeitsnachweis sowie beim Selbstaushang festgestellt. Trotzdem kommt es bei jeder Selbstaushang immer wieder vor, daß zahlreiche Erwerbslose bis zum Schluß warten müssen, wo dann gewöhnlich die Zahlkarte auch noch nicht zu finden ist. Auf demselben gelangt ein Durcheinander auf dem Büro des Arbeitsnachweises. Dann stellt man den in Frage kommenden Erwerbslosen einen Vorschlag von ein paar Mark, und mit diesen Hungerpennungen sollen nun diese Arbeiter mit ihren Familien die halbe Woche und noch länger leben.

Freien aufhalten müssen. Das alles müssen die Erwerbslosen in der nächsten Versammlung zur Sprache bringen. Die nächste Erwerbslosen-Versammlung findet voraussichtlich Dienstag, den 5. März, vormittags, im „Volkshaus“ statt, wozu auch die Erwerbslosen vom Lande sich beteiligen können.

Glogau

Nur die SPD vertritt unsere Interessen!

Die Erwerbslosen sollen berichten, so schreibt die „Arbeiter-Zeitung“, die ich mir jede Woche kaufe. So bitte ich die Redaktion der „A.Z.“ diesen kurzen Bericht zu veröffentlichen. Als Unparteilicher kann man feststellen, daß die kleine Zahl von Kommunisten es fertiggebracht hat, trotz der starken Sozialdemokratie mit ihren vielen Sekretären und Büros, sich das Vertrauen der Erwerbslosen zu erringen. Warum hat die SPD keine Schritte für uns unternommen? Das tut sie nicht, mit der Entschuldigung, die Erwerbslosen verlangen nichts. Wenn die Erwerbslosen etwas verlangt haben, so heißt es, jetzt geht es wieder nicht, denn die Mittel fehlen. Hieraus kann man nur den Schluß ziehen, die Sozialdemokraten stecken mit den Bürgerlichen zusammen. Den SPD-Führern geht es gut. Das sieht man am Besten beim Stanislawski, der immer grinsend bei den Erwerbslosen vorbeigeht.

Sprottau

Die Erwerbslosen wachen auf

Am letzten Freitag tagte im „Volkshaus“ eine Kreiserversammlungen. Tagesordnung: „Das Was der Erwerbslosen.“ Redner war der Genosse Kozj Sprottau. Zu der Versammlung waren die Magistratsbeamten sowie die Stadtverordneten eingeladen. Die Herrschaften hielten es nicht für nötig, zu erscheinen. An ihrer Stelle erschienen nur der Kreisleiter des Deutschen Wandarbeiterverbandes, Artl. Alsdann konnte man noch den Magistratsbeamten und Volkshausökonom Stanislawski für einige Sekunden in der Saalür sehen. Nun eröffnete der Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses, Genosse Frydrychowski, die sehr stark besuchte Versammlung. Es waren auch viele Erwerbslose aus dem Kreise erschienen. Genosse F. gab einen Bericht über die Tätigkeit des Erwerbslosenausschusses und erteilte Johann dem Kollegen Kozj zu seinem Referate das Wort. Bevor der Kollege Kozj auf den Kernpunkt seines Referates einging, erklärte er öffentlich seinen Austritt aus der SPD, und zwar mit der Begründung, daß die schamlose Handlungsweise, welche sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstage gegen die Erwerbslosen erlaubt hat, ihn moralisch zu diesem Schritt zwang. Kozj führte aus, daß auch die Leitungen der Freien Gewerkschaften, im besonderen der ADGB, es nicht für nötig befunden haben, ihre Macht zugunsten der Erwerbslosen anzuwenden. Kollege Kozj zeigte auf, daß die Reichsregierung wohl Gelder hat, diese jedoch für kriegerische Zwecke „notwendiger“ braucht. Auch machte er klar, daß wenn der Achtundtag strengstens durchgeführt würde, Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen Brot und Arbeit haben. Er forderte die noch nicht organisierten Kollegen auf, in die Freien Gewerkschaften einzutreten, um gemeinsam mit den organisierten Kollegen im schärfsten revolutionären Kampf den Achtundtag durchzuführen, auch gegen den Willen ihrer reformistischen Führer. Dann erklärte er zu dem geplanten Arbeitsdienstpflichtgesetz, daß das gesamte Proletariat einen Sturm des Protestes hiergegen erheben muß. Zum Schluß zeigte Kollege Kozj, daß seit die Reichsregierung die Erwerbslosen in größter Not auf der Straße liegen lasse, wir nunmehr die Kommunen zwingen müßten, damit das Schlimmste abgewendet werde. Der Vorschlag des Kollegen Kozj, von der Stadtverwaltung zu verlangen, Lebensmittel, Heizmaterial und Mietenbeihilfe zu gewähren, wurde allseitig akzeptiert. In der Diskussion ergriff als erster der Kreisleiter des ADGB, Artl, das Wort und verbot die Ausführungen des Kollegen Kozj zu widerlegen. Der Herr Artl aber mußte zu seinem Leidwesen erfahren, daß die Anwesenden keinesfalls so humin waren, wie er sie ern eingeschätzt hätte. Mit stürmischen Rufen, wie „Lüge“ und „Verräter“, „Verräter“ usw. entwickelte sich die Opposition zu einem Sturm. Nur mit Mühe gelang es dem Versammlungsleiter, die Massen zu zügeln. Weinade wäre dem lieben Herrn Artl etwas Menschliches passiert. Der Herr Artl dürfte nun wohl erkannt haben, daß die hungrigen Arbeiter Sprottaus ihren Weg zu der Partei finden werden, die unerschrocken den Kampf im Interesse des Proletariats führt. Sämtliche weiteren Diskussionen, worunter sich ein Teil aus dem Kreise befand, schiederten Wahrheit um Wahrheit dem Herrn Artl ins Gesicht. So wie er gekommen, verschwand er. Es wurden Renouveau für die SPD, gemacht. Zum Schluß gelobten die Anwesenden, alles daran zu setzen, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Erwerbslose, die ihr jetzt begonnen habt, den Weg zur kommunistischen Partei zu finden, besucht in Massen unsere nächste Erwerbslosenversammlung.

Fragekasten

Kann die Polizei die Verkäufer der Erwerbslosenausgabe der „A.Z.“ bestrafen oder die Zeitung beschlagnahmen? (Anfrage Glogau.) Antwort: Zur Beschlagnahme der Zeitung ist die Polizei keinesfalls berechtigt. Da der Verkauf doch ehrenamtlich geschieht, d. h. der Verkäufer daran keinen Verdienst hat, so kommt auch eine Bestrafung nicht in Frage. Würde der Verkäufer einen Verdienst von dem Verkauf haben, so müßte er sich eine Genehmigung zum gewerkschaftlichen Vertrieb von Druckschriften besorgen, um straffrei zu bleiben.

Waldenburger Bergland

2400 Prozent Gewinn

Wie getroffen gewisse Leute verstehen, die Notlage anderer zu windbrinenden Geschäften auszunutzen, geht aus folgendem Bericht aus Bad Charlottendrumm hervor:

Wie in vielen Orten, so ist auch in unserem stillen Badeort in vielen Häusern die Wasserleitung eingefroren. Zum Schaden vieler und zum Nutzen einzelner ist noch ein kleiner Rohrbruch vorgekommen, der mehrere Tage anhält. Die Folge war, daß der untere Ortsteil Wasser und der obere Ortsteil kein Wasser hatte. Nun gibt es hier einen biederen katholischen Wäldermüller namens Alfred Giesmann, Inhaber eines Kaffeeauschanks und Kaffeegartens. Er ist Mitglied sämtlicher katholischer Vereine. Er hatte genügend Wasser, und was machte er? Er pfeift auf den Himmel und sorgt für leibliche Güter, indem er sich für jede Kanne Wasser 5 Pfennige geben läßt. Das Publikum Wasser kostet hier am Ort 20 Pf., so daß er an einem Publikum 4,80 Mark verdient, gleich 2400 Prozent. Ein nettes Geschäft. Wo bleibt da die Polizei, Herr Amtsdirektor? Oder vielleicht nimmt sich ihn einmal der Bolschewistenfresser Kaplan Bujatowski vor. Hier hätten Sie, Herr Kaplan Bujatowski, ein großes Arbeitsfeld, Ihr Eingreifen wäre hier angebracht, als in Blumenau den Kindern große Lügen von den Bolschewistenkindern zu erzählen.

Wahlstein. Unter Abend der Freien Elternvereinigung. Uns wird geschrieben: Wie alljährlich um die Faschingszeit fand auch diesmal ein von Schulfreund Richter inszenierter Funter Abend der Ortsgruppe, Ortsteil Wahlstein, statt. Wieder bestritten die Eltern sämtliche Darbietungen. Schulfreund Richter hatte hierzu eine Anzahl Szenen aus dem Schulkampfe selbst geschrieben, in denen er, von tatsächlichen Vorgängen ausgehend, in treffender, oft dramatisch zugespitzter Weise die Kampfesart unserer Gegner bloßstellte. Ein kleines Theaterstück „Die Eigentümlich“, ebenfalls aus der Feder unseres Schulfreundes Richter, bot reichlich Gelegenheit, die Stützen konfessioneller und staatlicher „Ordnung“ in ihrer lächerlichen Spießbürgerlichkeit zu zeigen. Die Darbietungen verlebten ihren Eindruck nicht. Es wurde herzlich gelacht. Die Eltern und Jugendlichen, die Schulfreund Richter zur Darstellung herangezogen hatte, waren mit Leib und Seele beim Spiel. Immer wieder zeigt es sich bei solchen Gelegenheiten, wieviel Fähigkeiten in unserer Arbeiterschaft schlummern. Schulfreund Richter verband die einzelnen, lose aneinandergereihten Bilder mit witzigen Worten. Erwähnt sei hier noch ein „Fagottolo“, das der junge Musiker Rosenjanz mit anerkannter Fertigkeit zur Ergänzung der Darbietungen zwischen durch blies. Den Ausgang bildete an beiden Abenden ein fröhliches Längchen, das die Schulfreunde bis in die ersten Morgenstunden zusammenhielt. — Bekanntgegeben wurde, daß in diesem Jahre die Schulentlassungsfeier, dem Drängen eines Teiles der Elternschaft nachgebend, in der Schauburg im Ortsteil Neu-Salzbrunn stattfinden soll. Als Zeitpunkt ist der 24. März gewählt worden. Die Feier selbst beginnt um 11 Uhr, da vorher die Neu-Salzbrunner Elternschaft ihre Feier ausrichtet. Die zur Entlassung gelangenden Kinder verkommen sich in der „roten Schule“ im Ortsteil Neu-Salzbrunn. Es wird vorher noch Gelegenheit genommen werden, diese Dinge mit den in Betracht kommenden Eltern des Näheren zu besprechen.

Schweidnitz

Wählt rote Betriebsräte, bei Siemens!

Kollegen! Die bisherige Arbeit der Betriebsräte hat gezeigt, daß sie alles andere waren, als klassenbewußte Arbeiter. Jedes Jahr hoffte die Belegschaft auf andere Verhältnisse im Betriebsrat. Wohlweislich verstand man, die Kandidatenliste in einer kombinierten Sitzung zwischen Wahlrechtsklub und Funktionärskörper der Gewerkschaft (nur ins SPD-Reziten bestehend) aufzustellen. Die oppositionellen Kollegen wurden dabei gänzlich ausgeschlossen. Der Erfolg sind die allen Kollegen im Betriebe bekannten Zustände.

Jetzt ist es zum ersten Male gelungen, durchzusetzen, daß der Betriebsrat in einer Belegschaftsversammlung einen Rechenschaftsbericht gibt. Daraus sind wir alle gespannt. Wird er auch berichten, wieviel Strafen im Geschäftsjahr verhängt worden sind wegen zu „schlechter“ Ware? Wird er berichten über die Forderung der Belegschaft zum Abschluß des neuen Tarifvertrags?

Niederschlesien

Görlitz

Morgen, Freitag,

20 Uhr, „Roter Rummel“

des Kommunistischen Jugend-Verbandes

Besorgt euch rechtzeitig Programme, welche zum Preise von 20 Pf. in der Geschäftsstelle Lunig 6 zu haben sind! Junge Arbeiter laden wir besonders herzlich dazu ein!

Armelige Lügner

So plump gelogen, wie man es in der „Volkszeitung“ Nr. 47 am vergangenen Sonntag getan hat, hat man schon lange nicht mehr. Wir hatten in der Nr. 43 der „Arbeiter-Zeitung“ eine Resolution der Fachgruppe der Steinzeiger und Berufsgenossen gebracht, die sehr scharf gegen die Haltung der Reformisten, insbesondere des Herrn Gärtner und dessen Verhalten in der letzten Stadtverordnetenversammlung, Stellung nahm. In der „Volkszeitung“ wird nun eine Falschheit des UWB-Ortsausschusses GÖRLITZ veröffentlicht, in der die Meldung der Arbeiter-Zeitung als Schwindel hingestellt wird. Wie uns von einer ganzen Reihe von Kollegen des Steinzeigerverbandes übereinstimmend mitgeteilt wird, entspricht die Meldung der Arbeiter-Zeitung Wort für Wort der Wahrheit. Die Kollegen sind dagegen von dem schändlichen Schwindel, welchen die „Volkszeitung“ bringt, aus Höchste empört und werden in der nächsten Verbandsversammlung zu diesen Dingen sehr eingehend Stellung nehmen. Ohne auf den übrigen Schwindel, der vorher in dem Artikel der „Volkszeitung“ steht, vorläufig näher einzugehen, wollen wir an Hand der „Erklärung“ der drei Vorstandsmitglieder der Steinzeiger (die „Volkszeitung“ schreibt laienhaft Weise darüber vom Steinzeiger-Verband) einmal die auf den Kopf gestellten Tatsachen wieder auf die Füße stellen:

1. Die von den Steinzeigern gegebene und von der „Arbeiter-Zeitung“ in Wortlaut veröffentlichte Resolution gegen die sozialdemokratischen Stadtverordneten und besonders gegen Herrn Gärtner, ist ordnungsmäßig eingebracht worden; ein Kollege begründete sie; keiner sprach dagegen; dann stellte sie der Kollege Adama als 1. Vorsitzender zur Abstimmung. Die Abstimmung ergab Einstimmigkeit, es stimmte keiner dagegen. Die Resolution wurde dann vom Verbande genehmigt und von dem 1. Vorsitzenden unterschrieben und Herrn Gärtner übergeben.
2. Damit ist die gemeine Verdächtigung der „Volkszeitung“, die Resolution wäre ein „Produkt“, also eine Erfindung zweier kommunistischer Kollegen, als plumpster Schwindel entlarvt.
3. Ausdrücklich muß festgestellt werden, daß die Resolution in der Versammlung vorgelesen wurde.
4. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist zwar mit der Veröffentlichung nicht „beauftragt“ worden; da wir aber die übergroße Bekanntheit der „Volkszeitung“ in derartigen Angelegenheiten aus der Erfahrung zur Kenntnis nehmen, haben wir uns diese Veröffentlichung, die für

Wir fordern: Aufstellung eines neuen Betriebsrats, der wirklich auch das Vertrauen der Belegschaft erhält.

Wir fordern: Aufstellung der Kandidatenliste in der Belegschaftsversammlung und nicht im Funktionärskörper.

Kämpft mit der Opposition für klassenbewußte Betriebsräte. Die „Arbeiter-Zeitung“ nicht in nächster Zeit ausführlich zu den Kandidaten Zuständen bei Siemens Stellung nehmen. Kollege, hast Du schon die „Arbeiter-Zeitung“ abonniert?

An die Textilarbeiter!

Die bisherige Kampfstrategie der Reformisten im UWB hat zur Folge, daß große Teile der Mitgliedschaft jegliches Vertrauen zur Führung verloren haben. Deswegen kann man es verstehen, wenn in Generalversammlungen nicht mal ein Bechtel der Mitglieder anwesend ist. So auch in der fast „kommunistenreinen“ Zählstelle Schweidnitz. Trotzdem gleich zwei Gewerkschaftsangestellte anwesend waren, bewies doch die Mitgliedschaft, daß sie mit der bisherigen Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer nicht mehr einverstanden ist. Dank der Erfahrung der Firma Rinne u. Co. im Einleiten von Mitgliedern, gelang es diesmal noch, die Opposition vom Funktionärskörper auszuschalten.

Textilarbeiter! Wollt ihr andere Verhältnisse im Verband? Wollt ihr bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Dann heraus aus der Passivität! Nicht verbittert zu Hause sitzen bleiben. Erscheint vollständig zu den Versammlungen. Kämpft mit der Opposition für eine revolutionäre Führung im Verband. Laßt euch nicht durch das „Betriebs-Echo“ der „Dreiwacht“ das Gehirn vernebeln, sondern lest die „Arbeiter-Zeitung“, das Organ der Werktätigen.

Ruma. Wie überall, so veranstalten auch hier in Schweidnitz die bürgerlichen Organisationen ihre Ruma. Der Aktionsausschuß des UWB veranstaltet am Freitag, dem 1. März, im Stadtkloster „Stadtkloster“ eine öffentliche Kundgebung. Jeder Arbeiter gehe hin und bringe zum Ausdruck, daß der beste Schutz gegen Anfälle Vernebelung des Antreibersystems und Abschaffung der Affordarbeit ist.

Groß-Merzdorf. Wie eine Bombe schlug unser Artikel „Die rote Pest“ ein. Große Freude auf der einen, großer Zorn auf der anderen Seite. Keiner von den Herren hätte geglaubt, daß es möglich sein wird, in Merzdorf 40 „Arbeiter-Zeitungen“ zu verkaufen. Werktätige unterstützen den Kampf der Kommunisten gegen die Unterdrückung und Benachteiligung der Proleten! In Geislerbau erhält der Sohn eines Gutbesizers mit über 300 Morgen 10,80 Mark Unterstützung. Tausende Proleten bekommen nichts. Ist das richtig? Die einen geben für eine Autoprijsahrt 130 Mark aus — und die Proleten werden. Ist das Gleichheit? So könnte man unzählige Beispiele anführen, die den Luxus auf der einen, und den Hunger auf der anderen Seite zeigen. Dagegen gilt es Front zu machen! Die Kommunisten lassen sich weder einschüchtern, noch mit süßem Wein einschläfern. Sie werden kämpfen bis zur Ausrottung der verdamnten privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Hausdorf bei Rynow. Arbeiterradler „Solidarität“. Am Sonnabend tagte die Versammlung unserer Ortsgruppe. Unter Punkt 1 gab der Kassierer Abrechnung vom Mastenball, von dem ein Uebereschuß zu verzeichnen war. Beschlossen wurde, an dem am 17. März in Steingrund stattfindenden Gruppen-Ausfahrten sich mit 4er Kunstreigen-Mannschaft zu beteiligen; zweitens die Beschaffung eines Vereinsbanners; drittens das 1. Stiftungsfest mit Umzug zu begehen, und als finanziellen Grund an Sonnabend, dem 23. Februar, im Gasthof „Zur guten Laune“ in Warsdorf, Schmale Seite, ein Koffmest zu veranstalten. Unser ständiges Vereinslokal ist Gasthof „Zur guten Laune“. Wir bitten die Bundesmitglieder, bei Durchfahrten dieses Lokal zu berücksichtigen.

Striegau

Kohlenoxydgasvergiftungen. Auf der Wilhelmstraße drangen nachts in das Schlafzimmer einer Familie Kohlenoxydgase. Das Ehepaar konnte rechtzeitig frischer Luft Zugang verschaffen und so dem sicheren Tode entkommen. — Auf der Schweidnitzer Straße wurde ein Lehrling mit Kohlenoxydgas vergiftet aufgegefunden. Er konnte im Krankenhaus gerettet werden.

(Schuh gewählt, und zwar: Samich (SPD), Jung (SPD), Hahn (Nationalsozialist).

Zusatz ist, daß Samich (SPD), Jung (SPD), Modsching, Bidol (Parteilos) und Majewski-Dubring (WB) von sämtlichen anwesenden Kollegen in der Mehrzahl SPD. einstimmig gewählt wurden und diesen gewählten Kollegen das volle Vertrauen ausgedrückt wurde. In der Gölitzer „Volkszeitung“ Nr. 44 vom 21. Februar 29 stand ein Artikel, „Kommunistisches Theater“, der von Verdrehungen nur so strotzte.

SPD-Machowski saßelt etwas von seinem politischen Todesurteil. Ich glaube, daß der Erwerbslosenrat das nicht erst zu vollziehen braucht, denn das haben bereits seine eigenen Parteigenossen getan. Machowski hat verschwiegen, um was es sich in der Hauptfrage handelt. Machowski wurde nämlich von seinen eigenen Parteigenossen beschuldigt, in der fünften Kalenderwoche d. J. 48 Stunden Nacharbeit an städtischen Gebäuden geleistet und bezahlt erhalten zu haben, außerdem für dieselbe Woche noch drei Tage volle Erwerbslosenunterstützung.

Der Kollege Samich vom Ausschuß hat auftragsgemäß eine Untersuchung deswegen eingeleitet und nach Einsicht in die städtischen Lohnbücher und auf Grund von Angaben des Bürgermeisters Langner folgenden Zeitbestand festgestellt: Machowski hat in der fünften Kalenderwoche in der Zeit von Montag bis Freitag 48 Lohnstunden für städtische Arbeiten (Instandsetzung der Büroräume) und für dieselbe Woche mit Wissen des Bürgermeisters Langner noch drei Tage volle Erwerbslosenunterstützung bezahlt erhalten. Zusatz ist, daß Samich es war, der die erwerbslosen Kollegen aufgefordert hat, und zwar vor der Abstimmung, es soll von einer Anzeige gegen Machowski und Genossen abgesehen werden mit der Begründung, daß es für uns erwerbslose Kollegen einen schlechten Eindruck macht, wenn wir uns in dieser Hinsicht gegenseitig denunzieren. Unwahr ist, daß der Maurer Mag. Jung im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit aus dem Erwerbslosenausschuß ausgetreten ist.

Erwerbslose Kollegen, die Lügen- und Doppelurteile über einzelnen neugeborenen SPD-Mannes Machowski dürfen sich für uns den besten Beweis liefern, wer Zersplitterung in die Reihen der Erwerbslosen hineinbringt.

Kollegen, macht es so wie in Leipzig, Dresden, Chemnitz, wo geschlossen unsere erwerbslosen Kollegen ihre Kontraktarte, diese Bistitenkarte des Elends, an ihre Mägen stecken und so für ihre Forderungen nach Brot und Arbeit demonstrieren. Von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten haben wir nichts zu erwarten, deswegen fordern wir euch auf, am 6. März zum Reichserwerbslosentag geschlossen unsere Forderungen auf Erfüllung der gestellten Anträge an Landrat und Stadtverordnetenversammlung geltend zu machen.

Liegnitz

Werbetag für die „Arbeiter-Zeitung“

Sonntag, den 3. März, zweiter Werbetag für die „Arbeiter-Zeitung“. Die Stadtleiter werden Anweisung geben. Das Resultat der gewordenen Abonnenten vom letzten Sonntag muß verdoppelt werden!

Freitag abends, 1/2 8 Uhr, „Preußischer Hof“, Sitzung aller Organisationen zur Festlegung des Monatsplanes für März.

An alle Parteigenossen und KPD-Kameraden! Freitag, früh 1/2 8 Uhr, muß jedes Mitglied sich am Arbeitsamt einfinden zum Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“ mit der Erwerbslosenbeilage.

Die Partei- und KPD-Zeitung.

Zus „Volkshaus“ läßt die Öffte mit der Polizei rauschmelzen

Am Sonntag vertrat den Geschäftsführer Büschel der SPD-Mann Uiber, pensionierter Angestellter der Ortskrankenkasse. Als Uiber am Büschel war, kam ein Gewerkschafts-Kollege von den Kraftfahrern und sprach Uiber mit „Du“ an. Für diese „Beleidigung“ holte Uiber, wahrscheinlich durch Telephon, zwei Schupo-beamte heran und ließ den Kollegen rausbringen. Also, Gewerkschaftler, merkt euch das und denkt darüber nach, was für eine Taillie diese Leute anwenden gegen ihre Kollegen, durch die sie zu solchen Stellen gekommen sind. Gebet ihnen bei der Wahl im Herbst die Quittung. Tretet ein in die SPD und lest die „Arbeiter-Zeitung“.

Glogau

Die SPD geht hausieren

Die SPD-Verbrechungskünstler haben aus „prominenten“ Führern der SPD einen Ausschuß unter dem Namen „Gewerkschaftskommission“ zusammengestellt, der sich für die Erwerbslosen interessieren soll. Gleich am nächsten Morgen erschien der Betriebsrat von Flemining unter Führung des Vorsitzenden Krakau am Nachweh. Dort gab es Zigarren, aber nicht vom wohlhablichen Direktor, sondern von den Erwerbslosen. Ein Erwerbsloser rief: „Na, endlich haben euch die Kommunisten aus dem Schlaf geweckt!“ So rannte sich die Kommission die Weine ab, vom Arbeitsamt zum Landrat, vom Landrat zum Magistrat, als wären sie vom Volksweltismus verfolgt. Alles, was bemittelt wurde, war ein Zentner Kohle und ein Zentner Holz. Das reicht bei weitem nicht aus, um die Not zu lindern. Deshalb wurden die Erwerbslosen erregt und wollten eine Demonstration veranstalten. Die Reformisten verachteten Ordnung und Ruhe nach sozialdemokratischem Rezept herzustellen. Leider fallen viele Erwerbslose immer noch auf Versprechungen herein. In allen Dörfern, wo viel kommunistische Stimmen waren, gibt die SPD Bericht von ihrem „Erfolg!“ So zum Beispiel sprach in Koschitz der Parteisekretär G. Schulz. Dort hieb er die Erwerbslosen übers Ohr. Genosse Jonja, der sich zum Wort gemeldet hatte, wurde von Schulz am Neben verbündet. So können die Erwerbslosen die Feigheit sehen, die Angst vor der Wahrheit. Wer ist G. Schulz? Haben die Werttätigen (Gewerkschaftler) nicht für Schulz während der Inflation gesammelt, damit er leben kann, obwohl die Spender selbst nichts zu essen hatten? Und jetzt tritt er die Rechte der Gewerkschaftler mit Füßen, weil sie aus der SPD zur SPD gegangen sind. Jetzt hat er auch keinen Hunger mehr.

Es bestehen also jetzt zwei Ausschüsse. Aber das alles spielt bei der SPD keine Rolle. Die Hauptsache ist, die Erwerbslosen sind zermürret, entrechtet und gepalpen.

Erwerbslose, lernt aus unserer Presse. Nur die „Arbeiter-Zeitung“ ist das Kampforgane gegen alle Feinde der Arbeiterklasse. Erwerbslose, kämpft geschlossen mit den Kommunisten für die Befreiung des kapitalistischen Klassensystems, für den Sozialismus, wo jeder Arbeit und Brot haben wird. Tretet ein in die SPD!

Lauban

Heute Freitag 18 Uhr Stadtverordnetenversammlung. Erwerbslose heraus, euer Dringlichkeitsantrag (Feuerung, Lebensmittel-Gutscheine usw.) steht auf der Tagesordnung. Füllt den Hörsaalraum bis auf den letzten Platz. Kein Erwerbsloser darf fehlen.

Das Märzangebot des KPD wird bis zum 16. März verschoben. Nähere Angaben darüber erfolgen in den nächsten Tagen.

Aus dem Riesengebirge

Girshberg. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im „Berliner Hof“ eine außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Girshberg statt. Wir machen es jedem Genossen zur Pflicht, wegen der großen Wichtigkeit zu erscheinen. Referent anwesend.

Wilschtau

Erwerbslosenbewegung

In der Wilschtau „Volkszeitung“ erschienen in letzter Zeit mehrere Artikel gegen den Wittgenauer Erwerbslosenausschuß, die der Wahrheit nicht entsprechen. Die Erwerbslosenversammlung hatte am 2. Februar einen Aus-

Gleitwitzer DMB-Generalsammlung für Kampfausschüsse

für die Annahme des Kampfes um ihre Forderungen — gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie
(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter)

Am Sonntag fand im neuen Gewerkschaftshaus bei starkem Besuch die 14. Generalsammlung statt. Den Tätigkeitsbericht gab der reformistische Ortsverwaltungsvorsitzende S y g u d a. Dieser Bericht, dem jedes Mittel und jede Phrase recht ist, verfuhr bei seinem Bericht, Stimmung für die Reformisten zu schinden. In der Diskussion wurden der Tätigkeitsbericht und seine Phrasen hart verurteilt. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Mehrheit der Kollegen zu der Überzeugung gelangt ist, daß nur auf dem Wege des unerbittlichen Kampfes eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zu erreichen ist. Während die Diskussionsredner der Opposition nur zehn Minuten Redezeit hatten, durfte der Belegsleiter W e i ß n e r zwanzig Minuten sprechen, dem nichts anderes übrig blieb, als her Opposition in ihrer gestübten Art recht zu geben. Er hob die gesteigerte Aktivität der Hegenscheider Arbeiter bei der Beschäftigung hervor, welche ein Zeichen des Vertrauens zu den dort führenden Gewerkschaftskollegen der Opposition und des gesteigerten Kampfeswillens der Arbeiter ist. Kollege S m o l t a wurde im ersten Teil seiner Diskussionsrede von den Reformisten mit kritischen Augen angesehen, als er aber zum Schluss seiner Ausführungen gegen die Gewerkschaftspolitik der SPD, zu Felde zog, mit Bravo empfangen. (Kollege S m o l t a ist aus der SPD wegen Nichtanerkennung der Beschäftigten des A. W. B. und des 6. Weltkongresses ausgeschlossen worden.) Die Kollegen haben das Spiel des Smolta erkannt und sind sich darüber klar, daß alle Feinde der SPD, von den Reformisten gelobt werden. Zum Tätigkeitsbericht lag eine von der Opposition eingereichte Entschliessung vor, die vom Vorgesetzten S y g u d a nicht zur Abstimmung gestellt wurde. Sogar eine Geschäftsordnungsdebatte hatte man abgewagt. Im Schlusswort entfaltete S. seine übliche Kommunistenhebe und streichelte demagogisch einzelne oppositionelle Kollegen und erklärte, daß sie sich weiter als gute Gewerkschaftler entwickeln würden, denn von einem guten Gewerkschaftler zum SPDisten ist es dann nicht mehr weit.

S y g u d a glaubte, bei einem Teil der Kollegen Eindruck zu machen, was ihm aber misslang. Darüber gibt es gar keinen Zweifel mehr, daß die oppositionellen Kollegen die Gewerkschaftler sind, die in der Tat bemerken, daß sie alles für die Arbeiterchaft tun.

Anschließend folgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Reformisten reichten eine Liste ein und ließen eine Liste der Opposition nicht zu. Die Stimmenabgabe ist ein deutlicher Beweis, daß die Kollegen die reformistischen Vorschläge ablehnen. Von den 201 abgegebenen Stimmen wurden nur 83 für die reformistische Liste abgegeben. Auf 102 abgegebenen Stimmzetteln waren Veränderungen auf der reformistischen Liste vorgenommen worden, und 16 Stimmen waren für die Vorschläge der Opposition. Also hatten sich 118 Kollegen gegen die diktierte Liste der Reformisten ausgesprochen. Nun wird das „Vollständigen“ von der Niederlage der Opposition im DMB reden. Wahr ist vielmehr, daß mit den schäblichsten Mitteln unter Vergeßung der Opposition die Ortsverwaltung in den Händen der Reformisten blieb. Diesmal gelang es noch diesen Gewerkschaftskerkern, die Ortsverwaltung in ihren Händen zu behalten. Wie sind der festen Meinung, daß wir bestimmt ein Stück näher zum Ziele gelangt sind.

Zu einer von der Opposition eingereichten Entschliessung, die die Aufnahme des Kampfes um die Forderungen der Metallarbeiter

empfohl, erklärte S y g u d a, daß dieselbe angenommen wird und als Material für die nächste Lohnbewegung dienen werde. Eine Abstimmung wagte dieser Bursche nicht vorzunehmen, da er die Gewißheit hatte, daß sie mit überwältigender Mehrheit angenommen worden wäre. Die Entschliessung lautet:

Die am 24. Februar 1929 tagende Generalsammlung des DMB, Zahlstelle Gleitwitz, sieht die bestehenden Löhne in der Metallindustrie in Oberschlesien als unzureichend an. Neben der zehnstündigen Arbeitszeit herrscht in den Betrieben ein Alford-System, welches eine erhöhte Unfallhäufigkeit mit sich bringt. Die von der Regierung veranstaltete Unfallversicherungs-Woche dient nur dazu, die Arbeiter von der brutalen Ausbeutung, der sie durch die Kapitalisten ausgeübt sind, abzulenken, und die Schuld an den Unfällen nur den Arbeitern allein in die Schuhe zu schieben.

Der beste Schutz gegen die Häufung der Unfälle ist eine Ver-
längerung der Arbeitszeit, Kampf gegen das Alford- und Antelber-
system und Zahlung ausreichender Löhne. Die verammelten Metall-
arbeiter von Gleitwitz fordern daher:

1. Die achttündige Arbeitszeit;
2. Erhöhung der Löhne um zwanzig Pfennig die Stunde

3. Beseitigung der Alfordarbeit;
4. Erhöhung der Deputatlöhne auf 120 Zentner pro Jahr.

Die Erfahrungen aus den letzten Kämpfen der Arbeiter in Deutschland und der letzten Lohnbewegung der ober-schlesischen Hüttenarbeiter haben bewiesen, daß die Gewerkschaftsführer und die des DMB, bei der Führung der Kämpfe vollkommen versagt haben. Anstatt den Kampf der Arbeiter um ihre Forderungen zu organisieren, haben sie unter Ausschaltung der Arbeiter in geheimen Verhandlungen mit den Unternehmern Schlichtsachen zugestimmt, die ein Hohn auf die Forderungen der Arbeiter sind.

Die Arbeiter müssen daher dazu übergehen, ihren Kampf selbst zu organisieren, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer.

Die Belegschaften der ober-schlesischen Metallbetriebe können nicht warten, bis der jetzt laufende Schlichttarif abgelaufen ist. Der Kampf muß deshalb schon vorher aufgenommen werden. Zur Vorbereitung und Führung des Kampfes müssen von den Arbeitern in den Betrieben Kampfausschüsse gewählt werden, welche sich als Hauptaufgabe die sofortige Vorbereitung des Kampfes um die Forderungen der Arbeiter machen und den Kampf zu einem geeigneten Zeitpunkt proklamieren.

Kollegen! Wir, als revolutionäre Opposition im DMB, sagen euch, daß die Erklärung von S y g u d a eine nichtsagende ist, und wenn ihr wollt, daß eure Forderungen erfüllt werden, so geht an die Organisation des Kampfes, wählt Kampfausschüsse, und unter ihrer Führung, müssen alle Metallarbeiter kämpfen, ob organisiert oder unorganisiert. Nur der geschlossene Kampf verbürgt den Sieg!

Wie steht es mit der Arbeitslosenhilfe in der UdSSR.

Die sozialdemokratische Presse hat ein neues Mittel entdeckt, um die „Vorzüge“ der kapitalistischen deutschen Republik gegenüber dem Sowjet-System zu „beweisen“. Es ist die Frage der Erwerbslosenhilfe. Sie vergleicht die Unterstützungssätze haben und drüben. Dabei unterläßt der „Leipziger Volkszeitung“ allerdings der (unbeabsichtigte?) Fehler, daß ein Rubel einer Mark gleichgesetzt wird, während nicht viel finanzielle Kenntnisse dazu gehören, um zu wissen, daß ein Rubel etwa 2,15 Mark gleich ist. Mit diesem S c h w i n d e l schindet die würdige „Leipziger Volkszeitung“ Wirkung!

Zur Erwerbslosenhilfe selbst wäre prinzipiell zu sagen, daß ein einfacher Vergleich mit Deutschland absolut nicht möglich ist. Schon die Quellen der Arbeitslosigkeit sind in der UdSSR ganz anders als in den kapitalistischen Ländern: bei uns ist sie eine Folge der kapitalistischen Rationalisierung, in der UdSSR aber eine Wachstumserscheinung der Sowjet-Industrie, die immer neue hunderttausende Arbeiter aus den Dörfern in die Städte lockt. (Nach der Durchführung der sozialistischen Rationalisierung wurden hunderttausende in den Produktionsprozess neu aufgenommen.) Der Sowjetstaat zahlt nicht jedem „Erwerbslosen“ Arbeitslosenhilfe, denn ein großer Teil der Arbeitslosen in den Städten besteht aus Bauern, die in die Städte strömen, und aus Personen, die bis dahin in keiner Lohnarbeit gestanden haben, dagegen Einkommen auf dem Lande haben. Es sind Klein-

bauern, die ihren Landanteil haben und die Landwirtschaft der Frau und der Familie überlassen und selbst in die Stadt gehen, um Beschäftigung in der Industrie zu suchen. Das Recht auf den Bezug von Arbeitslosenunterstützung von der Sozialfürsorge haben nur Arbeitslose, die früher in Lohnarbeit standen und als Arbeitslose registriert sind. Das Recht auf Arbeitslosenunterstützung genießen:

1. gelernte Arbeiter, unabhängig von der Dauer ihrer Lohnarbeit;
2. ungelernete gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die ein Jahr ununterbrochen gearbeitet haben, und 3. ungelernete, gewerkschaftlich unorganisierte, die drei Jahre in Arbeit standen. Jugendliche haben Anspruch auf Erwerbslosenhilfe, unabhängig von der Dauer ihrer Lohnarbeit. Arbeitslose, die in der Stadt noch keine oder nur vorübergehend Arbeit hatten, haben Recht auf Unterstützung, wenn sie ihren Wohnsitz in der Stadt haben.

Ihre Sowjetpresse betont stets, daß der Staat infolge der Inanspruchnahme der Mittel für den Aufbau der Wirtschaft noch nicht ausreichende Arbeitslosenunterstützung gewähren kann. Aber mit jedem Jahr steigt die Summe, die der Staat für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgibt. Außer der direkten Unterstützung suchen die Staatsorgane der UdSSR das Los der Erwerbslosen zu lindern durch Schaffung von Arbeitsgenossenschaften und durch berufliche Ausbildung. Da die Arbeitslosigkeit der Sowjetunion sich hauptsächlich aus nichtproletarischen Schichten rekrutiert, so ist die berufliche Umschulung von großer Bedeutung. 1928 hatte das Moskauer Zentralinstitut für Arbeit allein über 8000 Erwerbslose den qualifizierten Berufen zugeführt. Für die Ausbildung von Erwerbslosen wurden 1928/27 über zwei Millionen Rubel (vier Millionen Mark) ausgeworfen.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 23. 2. bis Freitag, den 1. 3. täglich 20.15 Uhr
Gastspiel von J. Fuchs Theater
Der blaue Vogel
Sonnabend, 2. 3., 20.15 U.
Zum ersten Male! Karl und Anna
Schauspiel v. Leonh. Frank

Thalla-Theater
Von Sonnabend, den 23. 2. bis Freitag, den 1. 3. täglich 20.15 Uhr
Florian Geyer
von Gerhart Hauptmann
Sonnabend, 2. 3., 20.15 U.
Zum ersten Male! Schwengel
Komödie von Peter Bude

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 86800
Täglich 20 Uhr
Eine Nacht in Cairo

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Donnerstag, 20 Uhr
Schwanda, der Hundelackpfeifer
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 13
Fidelio
Sonnabend, 20 Uhr
Die schöne Helena
Sonntag, 15.30 Uhr
Nachm.-Vorstellung, zu ermäßig. Preisen. (Gr. 2.)
Der Barbier von Sevilla
Sonntag, 19.30 Uhr
Zanzenhäuser
und der Sängerkrieg auf Wartburg

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Krnfektion
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10



FUR
über
ALLES

Ab Donnerstag, den 28. Februar 1929
in den
Passage-Lichtspielen
Görlitz

Zur
Schulentlassung

finden Sie den Anzug bei uns in bekannt guter Verarbeitung, nur reelle Stoffe, in größter Auswahl
15.50 19.50 24.50 28.50
und höher

Eigene Anfertigung
Bevor Sie Ihren Bedarf decken, überzeugen Sie sich ohne Kaufzwang von meiner Leistungsfähigkeit.

L. Prager
BRESLAU, Albrechtstraße 51
Eingang nur Ecke Schuhbrücke

gegründet 1860

MOBEL
Schlafz. Eiche kpl. 180 br. 580 M.
Spiegelschrank 3 teilig 130 M.
Auszugstische 40 M., Chaiselongue 35 M.
Kücheneinrichtung kompl. 130 M.
2 Bettstellen Eiche komplett 185 M.
Speisezimmer, Herrenzimmer jed. Preis.
Kataloge gratis! Teilzahlung gestattet!
Max Giescl, Brüderstr. 23

Gerett Betten
25 und 40 Mart
rote Julett
berausst
Leihhaus, Oelsner Str. 12

Anzugautaten
kompert. von
5.50 Mk. an
Herm. Roth
Hummerei 52/53

**Allgemeiner
Deutscher Gewerkschaftsbund**
Ortsausschuss Schweidnitz

Am 1. März 1928, 20 (abends 8) Uhr
im Saale der „Stadt Reichenbach“
Öffent-liche
Gewerkschafts-
Versammlung

Thema: „Unfallverhütung und
Unfallschutz“

Jeder Gewerkschaftskollege (in) hat
zu erscheinen. Der Vorstand

Unsere leistungsfähige
BUCHDRUCKEREI
liefert Briefbogen, Rechnungen, Preislisten, Kataloge, Programme, Einladungskart., Plakate, Flugblätter, Broschüren, Werke aller Art, Zeitschriften u. a. m. in Ein- und Mehrfarbendruck prompt u. preiswert
Spez.: Massen-Auflagen

PEUVAG
Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-Akt.-Gesellsh. Berlin
Filiale Breslau
Treibitzer Straße 50
Telephon-Anschl. 28837

**Ämtliche Bekanntmachung
von Dittersbach**

Nach dem Beschluß der Gemeindevertretung vom 9. Januar 1929 sind die für das Rechnungsjahr 1928 (1. April 1928 bis 31. März 1929) durch Gemeindevertreter-Beschluß vom 15. Juni 1928 festgesetzten Realsteuerveranschlagungen wie folgt geteilt worden:

- a) Grundvermögenssteuer von 375 % auf 365 %
- b) Gewerbeertragssteuer von 825 % auf 800 %
- c) Lohnsummensteuer von 8000 % auf 2920 %

Der obengenannte Beschluß ist seitens des Kreisaußschusses Waldenburg genehmigt worden. Der Herr Regierungspräsident hat unterm 9. Februar 1929 eine Zustimmung erteilt.

Dittersbach, den 26. Februar 1929
Der Gemeindevorsteher
Roßler.

Motorei Hermann Walter
Breslau, Gabelstraße 39
Milch — Butter — Eier — Käse

Kaufhaus Goldnes Zepter
Breslau, Klosterstraße 47
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Wäsche, Strümpfe
Trikotagen — Herren-Artikel

**Leihweise elegante
Frad-**
4. Gebroch-Anzüge
Herm. Mohaupt
am Karlestraße 11.
Ecke Schweidnitzerstr.
Telefon 570 82

Sprechapparate und -Platten
speziell
Rote Frontkämpfer-Märsche
Proletarische Lieder und
sämtliche neuesten Schlager

Georg Greulich, Hummerrei 52
dequeme Teilzahlungen

**Lederhandlung
Simon Sachs**
Hirschberg 1. Riesengeb.
Täglich
frischer Leder-Ausschnitt

**Fleisch- und Wurstwaren
Richard Krusch**
Verkaufsstellen:
Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166, Ohnlauer Str 87
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Suche Seifenverkäufer
20 Muster Wrt. 2.40
franko Nachnahme
P. Holter
Büttnerstraße 26/27

